

Beschluss Satzungsänderung - Beschlussfähigkeit

Antragsteller*in: Marco Tiedtke (KV Leipzig)
Tagesordnungspunkt: 11. Anträge aus dem Kreisverband

Antragstext

- 1 Die Mitgliederversammlung möge beschließen, prozentuale Anteile von Mitgliedern
- 2 zu entfernen und durch nominale Größen zu ersetzen sind.
- 3 Dadurch ändern sich §6 und §7 der Satzung wie folgt:
- 4 §6 Urabstimmung durch die Gesamtheit der Mitglieder
- 5 Entscheidungen der Gesamtheit der Mitglieder (Urabstimmungen) finden statt auf
- 6 Antrag der Mitgliederversammlung oder 300 Mitglieder. Der Urabstimmung muss eine
- 7 Mitgliederversammlung vorausgehen, auf der das Thema beraten worden ist.
- 8 § 7 Mitgliederversammlung
- 9 (5) Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist beschlussfähig,
- 10 wenn mindestens 75 Mitglieder des Kreisverbands anwesend sind. Versammlungen zur
- 11 Aufstellung von Bewerber*innen für staatliche Wahlen sind beschlussfähig, wenn
- 12 mindestens drei Mitglieder der jeweils wahlberechtigten Mitglieder anwesend
- 13 sind.

Begründung

Durch das Wachstum des Kreisverbandes sollten wir unsere Satzung auf noch praktikable Möglichkeiten ändern. Auch bis zur nächsten großen Satzungsänderung. Wir haben bereits im April diesen Jahres gesehen, dass wir auch über den Abend hinweg keine Beschlussfähigkeit erreicht haben. Das sollte nicht mehr passieren

Die Satzung schreibt zur Zeit an verschiedenen Stellen Anteile von Mitgliedern (5%, ein Zehntel und 20%) vor.

Eine feste Anzahl von 75 Mitgliedern als Ersatz für die 5%, erscheint als möglich und machbar. In der aktuellen Regelung würde dies einer Mitgliederzahl von 1500 entsprechen. Sicher sollten wir bei einer größeren Debatte nochmal über diese Zahl sprechen.

Bei Anträgen auf Urabstimmungen werden zur Zeit aktuelle Mitgliederzahlen benötigt, welche nur mit Barrieren zu erhalten sind. Gleichzeitig erscheinen 20% von mehr als 1800 Mitgliedern als unverhältnismäßig hoch. Eine Urabstimmung auf Bundes- und Landesebene bedarf es aktuell 5%.

Die Regelung ermöglicht ebenfalls einen zeitigen Beginn der Versammlungen und sichert Vereinbarkeit von ehrenamtlichen Engagement und Familie. Es schafft Möglichkeiten mit günstigeren Räumen zu planen. Dies wiederum ergibt im Haushalt Einsparpotentiale.

A2 Stärkung der Repräsentation von älteren Mitgliedern

Antragsteller*in: Harry Hensler (KV Leipzig)
Tagesordnungspunkt: 11. Anträge aus dem Kreisverband
Status: Zurückgezogen

Antragstext

Die Mitgliederversammlung von Bündnis 90/Die Grünen Leipzig beauftragt den Kreisvorstand, ein verbindliches, transparentes und inklusives Verfahren zu erarbeiten, das eine angemessene Berücksichtigung aller Altersgruppen, insbesondere der älteren Mitglieder (60+), in parteiinternen Gremien, bei der Delegiertenwahl und bei der Nominierung für öffentliche Ämter sicherstellt.

Beschlussvorschlag

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- Der Kreisvorstand wird beauftragt, ein verbindliches Verfahren zu entwickeln, das eine angemessene Vertretung der älteren Mitglieder (60plus) in allen relevanten Strukturen gewährleistet.
- Dieses Verfahren muss die Besetzung von Delegationen, parteiinternen Gremien und Kandidatenlisten für öffentliche Ämter umfassen.
- Der ausgearbeitete Vorschlag ist der nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung zur Abstimmung vorzulegen.

Begründung

Das derzeitige Wahl- und Auswahlverfahren bildet die gesamte Bandbreite unserer Mitgliedschaft nicht ausreichend ab. Der im Rahmen der letzten Mitgliederversammlung gestellte Antrag „A1 Gremium zur Delegiertenwahl“, welcher die Einrichtung eines Gremiums zur Überarbeitung des Wahlverfahrens vorsah, konnte aufgrund mangelnder Beschlussfähigkeit nicht behandelt werden. Dies unterstreicht die Dringlichkeit, das Thema auf einem höheren und verbindlicheren Niveau anzugehen.

Die Altersgruppe 60plus, die 27 % unserer Mitglieder ausmacht, findet bei der Besetzung von Positionen und Gremien keine angemessene Berücksichtigung. Viele Mitglieder empfinden dies als diskriminierend und die daraus resultierende Frustration beeinträchtigt die innerparteiliche Demokratie. Die Einbeziehung aller Generationen ist jedoch entscheidend für eine lebendige und zukunftsfähige Partei.

Unsere Satzung sieht zwar vor, dass Minderheiten die Möglichkeit haben, Kandidaturen vorzuschlagen, was ihre Repräsentation sicherstellen soll. Wir sehen uns als Senioren jedoch nicht als Minderheit, sondern als einen vitalen und wachsenden Teil der Partei, dessen demografische Stärke auch in unseren internen Strukturen abgebildet werden muss. Ein bloßes Recht auf Kandidatur reicht nicht aus, um die strukturelle Unterrepräsentation zu überwinden.

Um die Anliegen aller Mitglieder adäquat zu vertreten und die Vielfalt unserer Partei zu stärken, ist es unerlässlich, ihre Teilnahme an Landes- und Bundesparteitagen sowie ihre Repräsentation in allen relevanten Strukturen sicherzustellen. Dieses Verfahren soll die im Antrag A1 angestrebte intergenerationale Repräsentation nicht nur als Ziel, sondern als verbindliche Grundlage definieren. Wir streben dabei keine starre Quote an, sondern ein flexibles Verfahren, das eine faire Repräsentation

sicherstellt und es Mitgliedern über 60 ermöglicht, sich ihrer demografischen Stärke entsprechend selbstbestimmt zu repräsentieren.

Beschluss Für einen geregelten und bürgerfreundlichen Umgang mit Verschenke-Kisten im öffentlichen Raum!

Antragsteller*in: Dr. Paula Piechotta (KV Leipzig)

Tagesordnungspunkt: 11. Anträge aus dem Kreisverband

Antragstext

1 Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen im Stadtrat zu Leipzig wird gebeten,
2 eine Initiative in das Ratsverfahren für einen geregelten und bürgerfreundlichen
3 Umgang mit Verschenke-Kisten im öffentlichen Raum einzubringen, die den
4 Leipzigerinnen und Leipzigern das Tauschen und Verschenken untereinander
5 ermöglicht. So wird das Leben in Leipzig bezahlbarer und nachhaltiger, das
6 Gemeinwohl in unserer Stadt gestärkt und gleichzeitig einer Vermüllung von
7 Bürgersteigen vorgebeugt. Insbesondere vor dem Hintergrund des teils starken
8 Vandalismus gegen Verschenkeschränke müssen Bürgerinnen und Bürger sicher sein
9 können, dass sie beim Nutzen von Verschenkekisten als weniger von Vandalismus
10 betroffener Methode nicht mit Sanktionen oder Ordnungsgeldern durch die Stat
11 Leipzig und ihr Ordnungsamt rechnen müssen. Als Bündnisgrüne in Leipzig wollen
12 wir die aktuelle Sanktionierung von Verschenke-Kisten durch die Stadtverwaltung
13 deshalb beenden und das Aufstellen der Kisten unter folgenden Grundregeln
14 prinzipiell erlauben:

- 15 1. Es darf maximal eine Verschenke-Kiste für bis zu 48 Stunden direkt vor der
16 eigenen Haustür aufgestellt werden. Danach müssen sie entfernt werden.
- 17 2. Die Kisten müssen mit dem Datum des Aufstellens versehen werden.
- 18 3. Die Verschenke-Kiste darf kein Abfall beinhalten.
- 19 4. Bei Regen ist das Aufstellen von Verschenke-Kisten nicht zulässig.
- 20 • Eine Verschenkekiste darf die Größe von 60 × 40 × 40 cm nicht
21 überschreiten und nicht mehr als 20 kg wiegen.
- 22 • Der Inhalt muss vollständig in die Kiste passen und darf nicht daneben
23 abgestellt werden.
- 24 • Die Kiste darf nur tragbare, saubere, funktionsfähige Teile beinhalten
25 (Kleidung, Geschirr, Bücher, Spielzeug, kleine Elektrogeräte wie Toaster).

Begründung

Anfang Juni war der lokalen Presseberichterstattung zu entnehmen, dass die Stadtverwaltung in Leipzig verstärkt gegen Verschenke-Kisten vor der Haustür im öffentlichen Raum vorgeht und für das Aufstellen der Kisten hohe Bußgelder bis 100.000 Euro drohen. Folge dieser Berichte war ein starkes Echo in der Stadtgesellschaft: Über verschiedene Kanäle wurde zu diesem Vorgehen der Verwaltung von vielen Einwohnerinnen und Einwohnern Unverständnis geäußert. Auf eine Stadtratsanfrage hin erklärt die Verwaltung jedoch an ihrem Kurs festzuhalten und kündigt an, ihre „präventiven Streifen“ fortzusetzen und Rechtsverstöße aufzunehmen.

Dabei hat sich Leipzig dem Zero Waste Cities Netzwerk angeschlossen und arbeitet an einer Zero-Waste-Strategie mit ambitionierten Zielen zur Abfallvermeidung, Ressourcenschonung und

Kreislaufwirtschaft. Gerade im Hinblick auf diese Zielstellung ist das Verschenken, Tauschen und Weiterverwenden von gebrauchten Gegenständen ein relevanter Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit in Leipzig und einem bezahlbaren Leben in unserer Stadt, da insbesondere Kinderkleidung über die Kisten verschenkt wird. Verschenke-Kisten bieten hierfür eine niedrigschwellige Möglichkeit und verhelfen vielen Gegenständen zu einem zweiten Leben. Gern wird auf andere Möglichkeiten des Verschenkens als Alternative verwiesen, insbesondere auf die Tauschschränke im öffentlichen Raum. Doch diese stehen nicht ausreichend flächendeckend zur Verfügung und werden wiederkehrend Opfer von Vandalismus und Vermüllung, sodass die Stadtverwaltung teilweise auch deren Schließung einfordert – ein weiteres Argument für die Verschenke-Kisten.

Unser Ziel muss daher sein, das Aufstellen der Kisten ohne Androhung von hohen Bußgeldern auch im öffentlichen Raum zu ermöglichen, sofern sie unter der Einhaltung der im Antrag genannten Grundregeln aufgestellt und genutzt werden. Bei Missachtung der Regeln könnte eine Beanstandung durch das Ordnungsamt erfolgen. So wird eine Vermüllung oder Verschmutzung der Verschenkekisten vermieden und eine Balance zwischen dem nachvollziehbaren Interesse der Sauberkeit im Stadtgebiet einerseits und dem Interesse an einer niedrigschwelligen Möglichkeit des Verschenkens, Tauschens und Weiterverwendens vor der eigenen Haustür andererseits hergestellt, das anders als Verschenkeschränke weniger vandalismusgefährdet ist.

Beschluss Das Stadtbad wieder einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen!

Antragsteller*in: Dr. Paula Piechotta (KV Leipzig)

Tagesordnungspunkt: 11. Anträge aus dem Kreisverband

Antragstext

- 1 1. Bündnis 90 / Die Grünen Leipzig bekennt sich zur nachhaltigen,
2 bedarfsorientierten und denkmalgerechten Entwicklung des Leipziger Stadtbades
3 als städtische Liegenschaft zu einem öffentlich zugänglichen Erholungsort.
- 4 2. Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen im Stadtrat zu Leipzig wird gebeten,
5 Initiativen für einen Neustart der Sanierung des Stadtbads in das Ratsverfahren
6 mit folgender Zielstellung einzubringen:
- 7 Die Entwicklung des Stadtbads wird mit dem Ziel vorangetrieben, ein Sanierungs-
8 und Betreiberkonzept zu erstellen, das bis zum Jahr 2035 und mit einem
9 vertretbaren finanziellen Aufwand für die Kommune das Stadtbad als wichtiges
10 Denkmal der städtischen Badekultur und als architektonisches Juwel wieder einer
11 breiten Öffentlichkeit zugänglich macht.

Begründung

Das Leipziger Stadtbad im Zentrum Nord fristet trotz seiner beeindruckend gut erhaltenen historischen Saunalandschaften und der deutschlandweit ersten Wellenanlage eines Hallenbades ein trauriges Dasein:

Seit Jahrzehnten ist der Bau der Öffentlichkeit nur selten zugänglich, die Sanierung kommt nicht in Schwung, der Wunsch der Leipzigerinnen und Leipziger nach einer erneuten Nutzung als Hallenbad kann aufgrund der historisch bedingt zu kleinen Beckengrößen und anzunehmender hoher Betriebskosten nicht realisiert werden. Alternative Nutzungen, die den Bau wieder einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen würden und gleichzeitig nicht unverantwortlich hohe Betriebskosten für Stadt und/oder Betreiber nach sich ziehen würden, liegen aktuell nicht vor. Sowohl für die Förderstiftung Leipziger Stadtbad als auch für die Bürgerinnen und Bürger ist ein langfristiger Stillstand nicht hinnehmbar.

Vor diesem Hintergrund schlagen wir einen Neustart der Bemühungen um eine Nutzung des Stadtbades und seinen denkmalpflegerischen Erhalt vor, der ein tragfähigeres Betreiberkonzept enthalten soll.

Darüber hinaus ist zu prüfen, inwiefern die Verantwortung für die Entwicklung des Stadtbads an eine existierende Entwicklungsgesellschaft mit kommunaler Beteiligung übertragen werden kann.

Beschluss Weniger Müll im Wahlkampf! Wir streben eine Änderung der Wahlwerbesatzung der Stadt Leipzig an!

Antragsteller*in: Dr. Paula Piechotta (KV Leipzig)

Tagesordnungspunkt: 11. Anträge aus dem Kreisverband

Antragstext

- 1 Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen im Stadtrat zu Leipzig wird gebeten,
- 2 sich mit einer Änderung der Wahlwerbesatzung der Stadt Leipzig mit dem Ziel der
- 3 Reduktion von Wahlkampf-Müll in das Ratsverfahren einzubringen.
- 4 Die Änderung der Wahlwerbesatzung soll folgende ergänzende Festlegungen
- 5 beinhalten:
- 6 VARIANTE 1)
- 7 Im gesamten Stadtgebiet Leipzigs wird die Anzahl an Hängewahlplakaten pro Partei
- 8 ähnlich zu anderen Kommunen begrenzt, die an Masten angebracht werden dürfen.
- 9 An jeden Mast darf maximal ein Hängeplakat derselben Partei angebracht werden.
- 10 Die Zahl der Großaufsteller-Plakate pro Partei wird begrenzt.
- 11 VARIANTE 2)
- 12 Im gesamten Stadtgebiet Leipzigs wird die Anzahl an Hängewahlplakaten pro Partei
- 13 ähnlich zu anderen Kommunen begrenzt, die an Masten angebracht werden dürfen.
- 14 An jeden Mast dürfen maximal zwei Hängeplakate derselben Partei angebracht
- 15 werden.
- 16 Die Zahl der Großaufsteller-Plakate pro Partei wird begrenzt.
- 17 VARIANTE 3)
- 18 Ähnlich zu mehreren Vorreiter-Kommunen in Deutschland werden Wahlwerbeplakate
- 19 nur an von der Stadt definierten Aufstellungsflächen erlaubt.

Begründung

Wahlplakate gelten als das älteste Wahlwerbemittel und gehören ab sechs Wochen vor einem jeden Wahltermin regelmäßig zum Stadtbild Leipzigs. Damit läuten sie die heiße Phase der Wahlkämpfe ein. Ihre Funktionen sind auch im Wahlkampf des digitalen Zeitalters weiterhin relevant: Sie fungieren als Wahlbekanntmachung im öffentlichen Raum, erzeugen Sichtbarkeit für das politische Personal einer Partei und deren Inhalte und tragen einen Teil zur Wählermobilisierung bei.

Festzustellen ist jedoch auch, dass die Zahl der Plakate in den letzten Wahlkämpfen kontinuierlich zugenommen hat. Erhöht eine Partei ihre Zahl der Plakate, entsteht auf die Mitbewerber der Druck, die Zahl ihrer Plakate ebenfalls zu erhöhen, um an den Masten der Stadt nicht deutlich an Präsenz einzubüßen. Dies mündet in einer Art „Materialschlacht“, die letztlich nur mit zusätzlichen Kosten sowie zusätzlichem Aufwand und Müll für alle Beteiligten verbunden ist, ohne jedoch einen Mehrwert für die Wählerinnen und Wähler zu bieten. Ziel muss daher die Reduzierung der Wahlplakate im gesamten Stadtgebiet sein, die nur über eine Änderung der Wahlwerbesatzung zu erreichen ist, denn nur so wird sichergestellt, dass alle Parteien gleichermaßen an der Umsetzung der Reduzierung mitwirken. Andere Kommunen praktizieren die hier vorgeschlagene Regelung bereits, zum Beispiel Wurzen. Dort ist es den Parteien erlaubt, maximal 100 Wahlplakate anzubringen und vier Großaufsteller aufzustellen.

Beschluss Inhalte zuerst

Antragsteller*in: Jürgen Kasek (KV Leipzig)
Tagesordnungspunkt: 11. Anträge aus dem Kreisverband

Antragstext

- 1 Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden auf der Internetseite des
- 2 Kreisverbandes mit integrierter Suchfunktion dargestellt. Dabei soll auch der
- 3 Arbeitsstand zum jeweiligen Antrag auf der Internetseite abgebildet werden.

Begründung

Die Mitgliederversammlung ist das höchste beschließende Gremium des Kreisverbandes. Beschlüsse zeigen die politische Diskussion auf und wofür sich der Kreisverband einsetzt. Beschlüsse dienen auch Interessierten als Anhaltspunkte für eine politische Linie und sind damit maßgeblich um sich eine Meinung zu bilden.

Obwohl dies so ist, sind Beschlüsse auf der Seite des Kreisverbandes nicht mehr zu finden. Wer sich eine Meinung über die politische Arbeit und die Themen der Partei bilden will, wird auf der Internetseite nicht fündig.

Verwiesen wird ausschließlich auf das grüne Mitgliedernetzwerk „Wolke“, wo zwar die Beschlüssen niedergelegt sind, aber weder vollständig, noch sichtbar wie der Arbeitsstand ist und damit was aus den Beschlüssen folgte.

Beschlüsse sind aber kein Selbstzweck sondern haben eine politische Funktion. Die derzeitige Darstellung wird dem nicht gerecht.

Beschlüsse, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind, werden auch weiterhin unter Ausschluss der Öffentlichkeit debattiert und beschlossen.

Der Anspruch und Aufgabe einer Partei ist an der politischen Willens- und Meinungsbildung mitzuwirken. Es wird daher höchste Zeit Transparenz herzustellen, Barrieren abzubauen und die Beschlüsse der Mitgliederversammlung als Ausdruck kollektiver Meinungsbildung wieder öffentlich für Alle sichtbar zu machen und damit auch Interessierte darauf verweisen zu können.

A7 Bau eines Umspannwerkes in Stötteritz - klima und umweltgerecht

Antragsteller*in: Susanne Kucharski-Huniat (KV Leipzig)
Tagesordnungspunkt: 11. Anträge aus dem Kreisverband
Status: Zurückgezogen

Antragstext

1. Die Mitgliederversammlung des KV Bündnis 90/DIE GRÜNEN unterstützt den Antrag des Stadtbezirksbeirates Südost (VIII A-01249) v. 16.09.2025:
„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Alternativstandort zum Bau des Umspannwerkes vorzulegen, um die weitere Versiegelung von Grün- und Sportflächen, insbesondere in Stötteritz zu reduzieren. Die Planungen für den favorisierten Standort auf dem Gelände des ATV 1845 e.V. werden bis zum Vorliegen des Alternativstandorts ausgesetzt.“
2. Die Mitgliederversammlung des KV Bündnis 90/DIE GRÜNEN spricht sich gegen jeden Standort aus, der zur Folge hätte, dass in die im Landschaftsschutzgebiet „Etzoldsche Sandgrube/Rietzschetal Zweinaundorf liegende Lindenallee an der Naunhoferstraße eingegriffen wird.

Begründung

Zur Abdeckung des steigenden Energiebedarfs ist für Stötteritz ein weiteres Umspannwerk notwendig. Die Stadt Leipzig hat seit 2023 in Zusammenarbeit mit dem künftigen Bauherrn Netz Leipzig GmbH dafür seit 2023 zehn Standorte untersucht. Im Ergebnis wird eine Fläche von ca. 3.200 qm auf dem Gelände des vom ATV 1845 e.V. von der Stadt Leipzig gepachteten und überwiegend als Sportplatz genutzten Fläche an der Naunhoferstraße/Paulinerweg favorisiert. Zwischen der Stadt Leipzig und dem ATV e.V. wurde im Januar dieses Jahres dafür ein „Letter of Intent“ unterzeichnet, wonach der Verein bereit ist, diese Fläche aus seinem bis 2035 laufenden Pachtvertrag über das gesamte Gelände herauszulösen und an die Stadt Leipzig als Eigentümer zurückzugeben. Im Gegenzug wurden dem Verein Verbesserungen der Infrastruktur auf dem verbleibenden Gelände zugesagt.

Obwohl die Vorplanungen für das Umspannwerk bereits seit 2023 laufen, erhielt der Stadtbezirksbeirat Südost erst im Frühjahr dieses Jahres Kenntnis von dem Vorhaben inkl. des favorisierten Standortes. Er hat sich mehrfach mit dem Vorhaben befasst und in seiner Sitzung am 16.09.2025 mit einer Gegenstimme den o.g. Antrag beschlossen, der nun in den relevanten Ausschüssen des Stadtrates behandelt werden wird und anschließend dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt werden wird. Zum Antrag des SBB Südost hatte die Stadtverwaltung einen ablehnenden Standpunkt vorgelegt. Ebenfalls im Verfahren ist eine von Bürger*innen initiierte Petition zum Erhalt des Grüns auf dem Sportplatz.

Würde das Umspannwerk am von der Stadt Leipzig favorisierten Standort realisiert werden, würde:

- eine Fläche von mindestens 3.000 qm Metern dauerhaft versiegelt und bebaut;
- diese Fläche nicht mehr der Allgemeinheit zur Nutzung zur Verfügung stehen;
- mit dem mit einer Höhe von 15 m geplanten Umspannwerk an einem angrenzenden Wohngebiet mit überwiegend zweigeschossigen Häusern eine städtebauliche mehr als fragwürdige Situation geschaffen;
- für die Zufahrt und Baufreiheit höchstwahrscheinlich in die im LSG liegende Lindenallee eingegriffen werden (es war von der Fällung von mehreren Bäumen die Rede) und diese Allee dauerhaft ihre Geschlossenheit verlieren;
- würden die in unserem beschlossenen Kommunalwahlprogramm formulierten Klimaziele (z. B. Entsiegelung anstelle von Versiegelung, Erhalt von Stadtgrün, zusätzliche Baumpflanzungen anstelle von Abholzungen) unterlaufen werden.

Beschluss Gründung einer AG Gewerkschaftsgrün

Antragsteller*in: Chantal Schneiß (KV Leipzig)

Tagesordnungspunkt: 11. Anträge aus dem Kreisverband

Antragstext

- 1 Die Mitgliederversammlung beschließt die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft
- 2 „GewerkschaftsGrün“ auf kommunaler Ebene.

Begründung

Die Zusammenarbeit zwischen Politik, Beschäftigten und Gewerkschaften ist ein zentrales Element, um soziale, ökonomische, ökologische und demokratische Anliegen miteinander zu verbinden. Gerade auf kommunaler Ebene zeigen sich die Herausforderungen von Transformation, Arbeitsbedingungen, sozialer Gerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung unmittelbar.

Zugleich sind wir Grünen in der öffentlichen Wahrnehmung bislang noch nicht stark genug sichtbar bei sozialen Themen, insbesondere beim Thema Arbeitskampf und den Interessen von Beschäftigten. Eine gezielte Vernetzung und Positionierung sind notwendig, um deutlich zu machen: Grüne Politik steht an der Seite der Arbeitnehmer*innen.

Mit der AG „GewerkschaftsGrün“ soll ein Raum geschaffen werden für:

1. den kontinuierlichen Austausch zwischen gewerkschaftlich organisierten Mitgliedern und Interessierten
2. die Erarbeitung gemeinsamer Positionen zu kommunalen Fragen von Arbeit und sozialer Sicherheit
3. die Stärkung der Sichtbarkeit von Arbeitnehmer*innen-Perspektiven in der politischen Arbeit,
4. die Vernetzung mit Gewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretungen vor Ort
5. Unterstützung und Solidarisierung von Beschäftigten bei Tarifauseinandersetzungen
6. mehr Sichtbarkeit bei Demonstrationen, Kundgebungen und öffentlichen Aktionen

Beschluss WHO-Projekt Altersfreundliche Stadt

Gremium: AG 60plus
Beschlussdatum: 27.08.2025
Tagesordnungspunkt: 11. Anträge aus dem Kreisverband

Antragstext

1 Einleitung

Nachdem das WHO-Projekt "Altersfreundliche Stadt Leipzig" im Themenworkshop der AG 60plus am 05.04.2025 die höchste Priorität erhielt, beantragen wir heute die offizielle Initiierung des Projekts als zentrale Arbeitsgrundlage für die zukünftige Stadtentwicklung. Wir sind überzeugt, dass eine klare Initiierung den Weg für konkrete und erfolgreiche Projekte ebnet.

2 Beschluss (zweiteilig)

1. Die Mitgliederversammlung von Bündnis 90/Die Grünen Leipzig beschließt die Initiierung des WHO-Projekts "Altersgerechte Stadt" als eine übergreifende und generationenverbindende Arbeitsgrundlage für die zukünftige Stadtentwicklung in Leipzig. Die Umsetzung dieses Projekts wird als gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachtet.

2. Die Mitgliederversammlung des Stadtparteitages beauftragt die Stadtratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, beim Stadtrat der Stadt Leipzig die Ausarbeitung eines konkreten Aktionsplans zur altersfreundlichen Stadt Leipzig zu beantragen und dessen Implementierung voranzutreiben. Ziel dieser Maßnahmen ist die Beantragung der Aufnahme der Stadt Leipzig in das WHO-Netzwerk „Age-friendly Cities“ nach einer umfassenden Dialogoffensive unter Einbindung aller relevanten Behörden und Institutionen.

Begründung

1. Verantwortung im demografischen Wandel Bündnis 90/Die Grünen Leipzig sieht sich in der Verantwortung, sich aktiv den Herausforderungen des demografischen Wandels zu stellen. Der steigende Anteil älterer Menschen in unserer Gesellschaft erfordert eine vorausschauende und nachhaltige Stadtentwicklung, die die Bedürfnisse dieser Bevölkerungsgruppe in den Fokus rückt. Mit diesem Antrag zeigen wir, dass wir diese Aufgabe ernst nehmen und bereit sind, zukunftsweisende Entscheidungen zu treffen.

2. Strategische Positionierung und Vernetzung Die Antragsinitiative zum WHO-Projekt ist eine Aufwertung für Bündnis 90/Die Grünen in Leipzig. Wir sehen darin die vorausschauende Möglichkeit, dieses Programm im Hinblick auf eine Bündnis 90/Die Grünen Kandidatur bei der Oberbürgermeisterwahl 2026 zu positionieren. Zudem soll die Initiative durch die gezielte Einbindung anderer demokratischer Gruppen den Weg für den Antrag freimachen und die internationalen Standards weiterentwickeln.

Als erste Stadt in den neuen Bundesländern hat Leipzig die Möglichkeit, die Aufnahme in das WHO-Netzwerk „Age-friendly Cities“ zu beantragen. Dies stärkt die Wahrnehmung der Bündnis 90/Die Grünen Leipzig als gestaltende Kraft, die sich sozialen Herausforderungen mit innovativen Ideen annimmt.

3. Selbstverpflichtung und inhaltliche Arbeit der AG60plus Die AG60plus hat dem Projekt höchste Priorität eingeräumt. Wir verpflichten uns, inhaltlich an der Ausarbeitung der Begründung

mitzuarbeiten. Wir sehen unsere Rolle darin, uns proaktiv am Projekt zu beteiligen und die spezifischen Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren in den Fokus zu rücken. Durch unsere Vernetzung und unser Know-how werden wir eine wichtige Rolle in der Dialogoffensive spielen, die für die Aufnahme in das WHO-Netzwerk unerlässlich ist.

4. Internationaler Standard und Synergieeffekte Das Programm "Age-Friendly-Cities" ist ein anerkannter internationaler Standard, der Leipzigs Weltoffenheit unterstreicht. Bewerbungen und Bemühungen um sportliche und kulturelle Großveranstaltungen in unserer Stadt werden davon profitieren.

Das Programm basiert auf acht eng miteinander verbundenen Themenbereichen, die das Leben in Leipzig insbesondere für ältere Menschen verbessern sollen:

- Außenbereiche und Gebäude: Dazu gehören sichere und barrierefreie öffentliche Räume, Fußwege und Gebäude.
- Verkehr/Mobilität: Ein zugängliches, bezahlbares und sicheres öffentliches Verkehrssystem.
- Wohnen: Verfügbarkeit von bezahlbarem und barrierearmem Wohnraum.
- Soziale Teilhabe: Angebote für soziale, kulturelle und Freizeitmöglichkeiten.
- Respekt und soziale Inklusion: Eine Gesellschaft, die ältere Menschen wertschätzt und ihre aktive Teilnahme fördert.
- Bürgerschaftliches Engagement und Beschäftigung: Möglichkeiten für freiwillige Arbeit und bezahlte Anstellungen.
- Kommunikation und Information: Zeitnah, verständlich und niedrigschwellig.
- Gemeinschaftsunterstützung und Gesundheitsdienste: Gut erreichbare Gesundheits- und Unterstützungsdienste. Dieser systematische Ansatz ermöglicht es uns, eine kohärente und langfristige Vision für die Stadtentwicklung zu verfolgen, anstatt uns auf Einzelmaßnahmen zu beschränken.

5. Konkreter Aktionsplan Der Aktionsplan soll folgende Schritte beinhalten:

- Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse: Erfassung der aktuellen Situation und Identifizierung spezifischer Bedürfnisse aller Altersgruppen in Leipzig.
- Strategieentwicklung und Zieldefinition: Erarbeitung klarer Strategien und Ziele zur Förderung einer altersfreundlichen Umgebung.
- Politische Verankerung und Beschlussfassung: Sicherstellung der politischen Unterstützung und formale Beschlussfassung der notwendigen Maßnahmen im Stadtrat.
- Umsetzung und Monitoring: Implementierung der Maßnahmen und kontinuierliche Überwachung des Fortschritts.
- Kommunikation und Vernetzung: Aktiver Austausch und Aufbau von Kooperationen mit relevanten Akteurinnen und Akteuren sowie der Öffentlichkeit.

Mit der Einreichung dieses Antrags unterstreichen wir unser Engagement für eine inklusive und altersgerechte Stadt, die den demografischen Wandel als Chance begreift. Wir laden alle Mitglieder ein, sich aktiv an der Umsetzung dieses zukunftsweisenden Projekts zu beteiligen.

Praxisbeispiele findet ihr unter <https://extranet.who.int/agefriendlyworld/afp/>

Beschluss Unterstützung des Positionspapiers „Mit Erfahrung gestalten“ zur Gründung einer Bundesarbeitsgemeinschaft Senioren (BAG-Senioren)

Antragsteller*in: Harry Hensler (KV Leipzig)

Tagesordnungspunkt: 11. Anträge aus dem Kreisverband

Antragstext

- 1 Beschlussvorlage:
- 2 Die Mitgliederversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Leipzig möge beschließen:
- 3 alle Menschen des Kreisverbandes Leipzig setzen sich für eine stärkere
- 4 Vernetzung der GrünenAlten ein.
- 5 Die Zustimmung zur Gründung thematischer BAGen wird auf die Landesebene bzw.
- 6 Bundesebene verschoben und Einzelanträge dazu werden nicht auf einer
- 7 Bundesdelegiertenkonferenz gestellt.

Begründung

Einleitung:

Liebe Freundinnen und Freunde,

wie im September 2024 bei der Einleitung der sächsischen Senior*innenvernetzung, möchte ich heute eure Unterstützung für ein sehr wichtiges Thema gewinnen. Das vorliegende Positionspapier zur Gründung einer Bundesarbeitsgemeinschaft Senioren (BAG-Senioren) ist ein entscheidender Schritt, um die Anliegen der älteren Generation auf Bundesebene zu stärken und effektiv zu vertreten.

Begründung:

- Mit der Gründung der BAG-Senioren wird der wachsenden Bedeutung der älteren Generation in unserer Gesellschaft und Partei Rechnung getragen.
- Die über 22 Millionen Menschen in dieser Altersgruppe und ihr Anteil von bereits 27 % an unserer Parteimitgliedschaft machen es unerlässlich, ihr Engagement und ihre Interessen gezielt zu stärken.
- Die Annahme dieses Antrags dient als klares Signal für eine stärkere Beteiligung der älteren Generation und als Startschuss für den Prozess, der im Jahr 2026 zur Gründung der BAG führen soll.
- Derzeit gibt es bereits in neun Landesverbänden aktive Seniorinnen- und Seniorengruppen, die durch zwei Landesvereinigungen ergänzt werden. Eine bundesweite Struktur würde diese Bemühungen bündeln und die Seniorenarbeit auf Bundesebene effektiv vertreten.

Das Positionspapier zur 51. BDK findet ihr hier: <https://harry-hensler.de/ostdeutschland/positionspapier-mit-erfahrung-gestalten/>

Beschluss Einführung von Unterstützungsteams im Kreisverband Leipzig

Gremium: Vorstand des KV Leipzig
Beschlussdatum: 29.08.2025
Tagesordnungspunkt: 6. Strukturprozess "Grün.Gemeinsam.Gestalten."

Antragstext

- 1 Der Stadtparteitag möge beschließen:
- 2 Der Kreisverband Leipzig führt Unterstützungsteams (UTs) als neue
- 3 Beteiligungsstruktur ein.
- 4 Die Unterstützungsteams haben folgende Eigenschaften:
 - 5 1. Zweck: Unterstützungsteams übernehmen organisatorische Arbeit im
 - 6 Kreisverband in enger Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle, dem Vorstand
 - 7 und den Arbeitsgemeinschaften.
 - 8 2. Struktur: Jedes Unterstützungsteam wird von 1-2 Ansprechpersonen aus der
 - 9 Geschäftsstelle und / oder dem Vorstand angeleitet und besteht aus
 - 10 Freiwilligen mit entsprechenden Fähigkeiten und Kenntnissen aus dem
 - 11 Kreisverband.
 - 12 3. Organisation: Die Teams arbeiten bedarfsorientiert und organisieren sich
 - 13 über Signal-Gruppen. Es finden keine regelmäßigen Treffen statt, sondern
 - 14 die Zusammenarbeit erfolgt projekt- und aufgabenbezogen.
 - 15 4. Teilnahme: Die Mitgliedschaft in Unterstützungsteams ist freiwillig und
 - 16 niedrigschwellig. Mitglieder können durch Beitritt zur entsprechenden
 - 17 Signal-Gruppe teilnehmen und diese jederzeit wieder verlassen.
 - 18 5. Abgrenzung: Unterstützungsteams sind keine Parteiämter im klassischen
 - 19 Sinne. Sie verleihen keine Weisungsbefugnis oder Machtpositionen und haben
 - 20 keine gewählten Sprecher*innen.
- 21 Folgende Unterstützungsteams werden zunächst eingerichtet:
 - 22 • UT Informationstechnologie
 - 23 • UT Mitgliedermobilisierung
 - 24 • UT Veranstaltungen
 - 25 • UT Social Media
- 26 Weitere Unterstützungsteams können bei Bedarf durch Beschluss des Vorstands
- 27 eingerichtet werden.

Begründung

Das Problem

Unser Kreisverband steht vor einer wachsenden Zahl organisatorischer Aufgaben, die derzeit hauptsächlich von der Geschäftsstelle und dem Kreisvorstand bewältigt werden müssen. Dazu gehören beispielsweise:

- Veranstaltungsorganisation (z.B. Stadtparteitage, sichtbare Präsenz auf Demos)
- Erstellung von Artikeln für Homepage und Social Media
- IT-Administration (PC-Wartung, Equipment-Beschaffung)
- Social-Media-Content-Verbreitung
- Organisation von Wahlkämpfen
- Mitgliedermobilisierung
- Vorbereitung von Satzungsänderungen

Während die wichtigsten Aufgaben bewältigt werden können, bleiben andere aufgrund von Zeitmangel leider liegen. Gleichzeitig verfügen wir über viele aktive Mitglieder mit den erforderlichen Fähigkeiten und der Bereitschaft, in bestimmten Themenbereichen zu helfen.

Die Lösung

Bisher fehlt uns eine geeignete Struktur, um diese Mitglieder zu aktivieren und organisatorische Aufgaben auf eine breitere Basis zu verteilen. Die Unterstützungsteams schließen diese Lücke durch:

- Niedrigschwellige Beteiligung: Keine aufwendigen Wahlverfahren oder formalen Strukturen
- Kompetenzbasierte Zuordnung: Mitglieder können sich entsprechend ihrer Fähigkeiten und Interessen einbringen
- Flexible Organisation: Arbeit nach Bedarf, keine Verpflichtung zu regelmäßigen Terminen
- Entlastung der Hauptamtlichen: Geschäftsstelle und Vorstand können Aufgaben gezielt delegieren
- Skalierbarkeit: Bei Erfolg können weitere Teams eingerichtet werden

Einordnung in den Kreisverband

Da es sich nicht um ein Gremium handelt und keine Macht- oder Weisungsbefugnisse übertragen werden, sind weder Satzungsänderungen noch Quotierungsregeln erforderlich. Die Unterstützungsteams stellen lediglich ein organisatorisches Instrument zur besseren Nutzung der vorhandenen Kompetenzen im Kreisverband dar.

Startphase

Mit den vier vorgeschlagenen Anfangsteams decken wir die wichtigsten und dringendsten Bereiche ab. Nach den ersten Erfahrungen können weitere Teams bedarfsgerecht in Absprache mit dem Vorstand und der Geschäftsstelle eingerichtet werden. Die Geschäftsstelle und der Vorstand haben bereits Mitarbeiter*innen zur Anleitung der ersten Unterstützungsteams benannt.

Dieser Antrag schafft die Grundlage für eine verbesserte Arbeitsorganisation in unserem Kreisverband und ermöglicht es mehr Mitgliedern, sich entsprechend ihrer Fähigkeiten und Kapazitäten einzubringen.

A12 Stärkung der strategischen Kommunikation durch zusätzliche Ressourcen

Antragsteller*in: Helen Rottluff (KV Leipzig)
Tagesordnungspunkt: 11. Anträge aus dem Kreisverband

Antragstext

- 1 Die Mitgliederversammlung möge als Änderungsantrag zum Nachtragshaushalt (TOP 5)
- 2 beschließen, dass für das aktuelle Haushaltsjahr zusätzlich 5.000 € für die
- 3 strategische Kommunikation des Kreisverbands Leipzig bereitgestellt werden.
- 4 Diese Mittel sollen vorrangig für den Ausbau der digitalen Kommunikation
- 5 (insbesondere Social Media) sowie für eine professionelle Presse- und
- 6 Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden. Grundlage hierfür ist der höhere
- 7 Überschuss im Nachtragshaushalt sowie die besondere Dringlichkeit einer starken
- 8 digitalen Kommunikation durch den Kreisverband.
- 9 Die zusätzlichen Mittel sollen für 2025 wie folgt eingesetzt werden:
- 10 • Kampagnen & Paid Ads (Influencer-Kampagne) - 3.000€
- 11 Im Nachtragshaushalt erhöht sich der Posten Social Media von 1.000€ auf 4.000€
- 12 • Infrastruktur (z. B. Canva Pro, Social-Media-Management-Tool, z.B. Social Hub)
- 13 - 2.000€
- 14 Im Nachtragshaushalt erhöht sich der Posten Softwarelizenzen von 1.500€ auf
- 15 3.500€
- 16
- 17 Eine Fortführung der Finanzierung in den Folgejahren kann mit dem dazugehörige
- 18 Haushalt beschlossen werden.

Begründung

Die politische Lage in Deutschland und insbesondere in Sachsen ist von einem besorgniserregenden Erstarken rechter Kräfte geprägt. Hetze, gezielte Desinformation und Angriffe auf Personen und Themen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nehmen stark zu und prägen den öffentlichen Diskurs. Gleichzeitig erleben wir, dass unsere politischen Ziele und Erfolge im Kreisverband Leipzig in der öffentlichen Wahrnehmung zu wenig präsent sind. Die Ergebnisse der vergangenen Bundestagswahl haben gezeigt, dass wir mit unseren Inhalten und Botschaften nicht ausreichend durchgedrungen sind.

Eine strategisch ausgerichtete Kommunikation ist dringend notwendig, um unsere politischen Inhalte klar, verständlich und positiv in der Öffentlichkeit zu platzieren - insbesondere im digitalen Raum. Die zusätzlichen Ressourcen helfen uns, unsere bestehenden Formate und Kommunikations-Arbeit auszubauen. Mit der Aufstockung der Mittel investieren wir in unsere eigene Handlungsfähigkeit, stärken die demokratische Öffentlichkeit und setzen ein klares Zeichen gegen rechte Positionen.

Beschluss Entwicklung eines positiven Narrativs für den KV Leipzig

Antragsteller*in: Helen Rottluff (KV Leipzig)

Tagesordnungspunkt: 11. Anträge aus dem Kreisverband

Antragstext

1 Die Mitgliederversammlung von BÜNDES 90/DIE GRÜNEN des KV Leipzig beauftragt den
2 Vorstand einen partizipativen Prozess zur Entwicklung eines
3 öffentlichkeitswirksamen Narrativs für den KV zu initiieren. Der Prozess zur
4 Entwicklung soll inklusiv gestaltet werden und unterschiedliche Perspektiven
5 unserer vielfältigen Mitgliedschaft einbeziehen.

6
7 Dieses Narrativ soll sowohl nach innen zur Orientierung dienen als auch nach
8 außen unsere Werte, Ziele und politischen Vorhaben selbstbewusst vermitteln.

9
10 Konkrete Ziele:

- 11 - Bis Ende 2025 soll der Entwurf für den Prozess verabschiedet werden.
- 12 - Dieser kann in Zusammenarbeit mit interessierten Unterstützer*innen aus dem
- 13 Kreisverband erstellt werden, um den Vorstand zu unterstützen und den Prozess
- 14 partizipativ zu gestalten.
- 15 - Wenn zeitlich möglich, kann bereits Ende 2025 ein erster Entwurf für das
- 16 positive Narrativ vorgestellt werden. Dieses könnte zunächst auch nur aus
- 17 wenigen Sätzen oder Stichpunkten bestehen, aber schon eine grobe Richtung
- 18 anzeigen.

Begründung

In den letzten Jahren sind die BÜNDES 90/DIE GRÜNEN in Leipzig – wie auch bundesweit – immer wieder mit gezielten Angriffen, Desinformation und negativer Stimmungsmache konfrontiert worden. Dies verzerrt unsere politische Arbeit und erschwert es, die vielen positiven Impulse, die wir für Leipzig geben, sichtbar zu machen.

Ein gemeinsames, positives Narrativ bietet uns als Kreisverband die Möglichkeit, unsere Erfolge und Vorhaben verständlich und zugänglich zu kommunizieren und uns zugleich klar gegen Stimmungsmache abzugrenzen. Es schafft einen Orientierungsrahmen für alle Aktiven im Kreisverband, stärkt unsere Schlagkraft in der öffentlichen Debatte und erhöht die Identifikation unserer Mitglieder mit der politischen Arbeit vor Ort.

Beschluss Gründung einer AG Transatlantiker:innen

Antragsteller*in: Ferdinand Moors (KV Leipzig)
Tagesordnungspunkt: 11. Anträge aus dem Kreisverband

Antragstext

- 1 Die Mitgliederversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Leipzig
- 2 beschließt die Gründung der AG Transatlantiker:innen.

Begründung

Grünen Transatlantiker:innen“ möchten über globale geopolitische Fragestellungen und damit zusammenhängende sicherheits-, wirtschafts- und energiepolitische Themen diskutieren und Inhalte erarbeiten, die verschiedentlich in die Parteiarbeit einfließen sollen. Aktuell gibt es diese AG nur beim Kreisverband Berlin-Mitte; doch bereits jetzt schon sind mehrere Mitglieder des KV Leipzig auch in die dortigen Strukturen eingebunden, nehmen regelmäßig an den Sitzungen teil, beteiligen sich an den Events und halten Vorträge. Wir wollen jetzt gerne auch in Leipzig eine eigene AG gründen und hier Aktionen planen; dafür benötigen wir Eure Unterstützung.

Beschluss Antrag zur Einführung eines Stadttaubenkonzepts für die Stadt Leipzig

Gremium: AG Tierschutz
Beschlussdatum: 14.08.2025
Tagesordnungspunkt: 11. Anträge aus dem Kreisverband

Antragstext

- 1 Wir fordern die Stadt Leipzig auf, betreute Taubenschläge einzurichten – als
- 2 Pilotprojekt beginnend mit der Errichtung eines Taubenschlages auf einem Gebäude
- 3 oder Grundstück in der Leipziger Innenstadt.

Begründung

In Leipzig, insbesondere im Stadtzentrum, gibt es große Schwärme wildlebender Stadttauben. Die Tiere hungern und leben unter großem Leid auf der Straße. Mindestens 148 hilfsbedürftige Stadttauben aus Leipzig wurden bereits im Jahr 2025 durch ehrenamtliche Pächter*innen gepflegt.

Die größten Schwärme leben derzeit am Augustusplatz (ca. 200 Tiere), am Hauptbahnhof (ca. 170 Tiere) am Richard-Wagner-Platz (ca. 150 Tiere) und am Lindenauer Markt (ca. 400 Tiere). Weitere Hotspots mit mehreren Hundert Tieren sind: Thomaskirche, Eisenbahnstraße, Raiffeisenstraße.

Hungernde und verletzte Tauben wirken sich negativ auf das gesamte Stadtbild und die Menschen aus.

Die Betreuung der Stadttauben in Taubenschlägen hat viele Vorteile:

1. sie dient der Populationskontrolle, indem Eier durch Attrappen getauscht werden,
2. sie trägt maßgeblich zu einem saubereren Stadtbild bei, weil der meiste Kot im Taubenschlag verbleibt. Die Wahrnehmung der Taube als Tier wird verbessert.
3. sie führt zu einer deutlichen Verringerung des Tierleids.

Nur Taubenschläge sind ein effektives Modell, um all diese Verbesserungen nachhaltig umzusetzen.

1. Populationskontrolle

Stadttauben sind domestizierte Haustiere und deren Nachkommen. Sie begleiten den Menschen bereits seit Jahrhunderten: Sie lieferten Eier, Federn und Fleisch und als Brieftauben überbrachten sie Nachrichten. Sie wurden als Nutztiere mit hoher Reproduktivität gezüchtet und brüten bis zu 8 Mal pro Jahr mit je 2 Jungtieren. Heute leben sie in Dächern, auf Balkonen und an Fassaden. Das führt häufig zu Konflikten und sie werden fälschlicherweise oft als Schädlinge betrachtet. Durch Taubenschläge können Eier getauscht und die Population kontrolliert und verringert werden. Bestehende wilde Brutplätze in der Nähe von Taubenschlägen werden verschlossen.

2. Sauberes Stadtbild

Betreute Taubenschläge tragen maßgeblich zu einem saubereren Stadtbild bei und verbessern das Zusammenleben zwischen Mensch und Tier. Viele Menschen fühlen sich durch Taubenschwärme belästigt, weil Verschmutzungen durch Taubenkot an Häusern, im Umfeld von Restaurants, auf Fahrzeugen etc. zu Verärgerung führen. Tauben halten sich 70–90 % des Tages im Taubenschlag und in dessen unmittelbarer Umgebung auf. Durch den regelmäßigen Tausch der Eier wird es weniger Tiere geben. Der meiste Kot wird im Taubenschlag abgesetzt, kann gesammelt entsorgt werden und spart

dadurch große Kosten für Gebäudeeigentümer. Da die Tauben im Schlag gefüttert und medizinisch betreut werden, gibt es keine ausgehungerten Tiere und verletzten Tiere im Stadtbild. Die Stadttaube wird wieder mehr respektiert.

3. Verringerung des Tierleids

Viele Tiere sind abgemagert, da sie als reine Körnerfresser kaum adäquate Nahrung finden und auf Abfälle und Speisereste ausweichen. Dies führt zum bekannten „Hungerkot“, der an Gebäuden herunterläuft, und zu grünem Durchfall. Auf Grund dieser mangelhaften Ernährungslage ist die Sterblichkeit sehr hoch: die durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei nur etwa 2 Jahren – im Gegensatz zu Haustauben, die bei artgerechter Haltung bis zu 15 Jahre alt werden können. Die Alttiere können ihre Jungtiere unter den widrigen Umständen kaum versorgen, viele der Jungtiere verhungern noch im Nest. Stadttauben müssen den Großteil ihrer Zeit mit der Suche nach Nahrung verbringen. Dabei erleiden sie oft schwere Fußverletzungen, etwa durch abgeschnürte Zehen, weil sich Haare oder Fäden um ihre Füße wickeln. Zudem kommen viele Tiere an unsachgemäßen Vergrämuungsmaßnahmen zu Schaden, sie verunfallen im Straßenverkehr oder durch Kollisionen mit Glasflächen. In einigen Fällen werden Tauben auch gezielt verletzt oder misshandelt. In Leipzig sind dokumentierte Fälle bekannt, in denen Stadttauben angeschossen oder mutwillig eingesperrt wurden. Unsachgemäße Fütterungen durch beratungsresistente Personen verschärfen die Lage für die Tiere.

Ehrenamtliche Vereine können die Vielzahl der hilfsbedürftigen und verletzten Tiere ohne Unterstützung nicht stemmen.

Betreute Taubenschläge bedeuten neben den bereits ausgeführten Vorteilen eine positive Reputation für die Stadt Leipzig (die tierschutzrechtlichen Vorgaben werden eingehalten) und Vorbildfunktion für andere Städte.

Anlagen

Vorschlag zur Umsetzung eines betreuten Taubenschlages, zusammengestellt auf Basis von erfolgreichen Umsetzungen in anderen Städten

Teilt man die Kosten und den Arbeitsaufwand für ein städtisches Taubenkonzept unter verschiedenen Akteuren auf (bspw. Stadt Leipzig, Deutsche Bahn, Objekteigentümer), verringern sich Aufwand und Finanzierung für den Einzelnen deutlich. Nach diesem Prinzip verfahren mittlerweile viele Städte, die bereits erfolgreich betreute Taubenschläge betreiben (Bsp. siehe unten). Maßgeblich für den Erfolg ist die Zusammenarbeit zwischen der Kommune und den ehrenamtlichen Vereinen.

Der ehrenamtliche Verein Pro Lebensglück e.V. mit seiner AG Pro Stadttaube kann bei der Planung, Errichtung und Betreuung eines Taubenschlages personell und fachlich unterstützen.

Errichtung eines Taubenschlages einmaliger Posten 1.500 – 20.000€

Beispiele für Standorte: Container, Flachdächer (in Parkhäusern, -decks, Bauwagen). Es gibt Firmen, die fertige Taubenlofts anbieten: <https://wp.wildvogelhilfe.org/wp-content/uploads/2022/11/Taubenloft-1.pdf>

Diese Container können auch gemietet (für ca. EUR 500 / Monat), anstatt gekauft werden.

Laufende Kosten eines Taubenschlages

Kosten pro Taubenschlag berechnet auf 200 Tauben jährlich

Futterkosten¹ 2.044€

Einstreu 750€

Müllentsorgung (Entsorgung als Spezialmüll, 2,4 t p.a.)² 1.344€

Reinigungsmittel 350€

Wasser, Strom 300€

Tierärztliche Betreuung / Medikamente 1.200€

Personalkosten (bspw. angestellt bei der Stadt mit 25 Arbeitsstunden / Woche)³ 34.800€

Gesamt 40.788€

¹Futterkosten je Taube: 40 g Futter / Tag = 14,6 kg / Jahr; Preis / kg Futter = 0,70 €; Kosten / Jahr = 10,22 € je Taube

²Kot je Taube (berechnet auf 80 % der täglichen Futtermenge, da davon ausgegangen werden kann, dass sich die Tauben 70-90 % des Tages im Schlag aufhalten): 32 g / Tag = 11,68 kg / Jahr entspricht 2,336 t Taubenkot / Jahr, welcher nicht im Stadtbild anfällt, sondern im Schlag und dort gesammelt entsorgt werden kann (die Entsorgungskosten wurden als tierischer, kontaminierter Abfall berechnet).

³Aufgaben des Personals: Reinigung des Taubenschlags, Desinfektion, Futteranlieferung, Futter und Wasser bereitstellen. Eiertausch und Dokumentation, wilde Brutplätze im Stadtgebiet ausfindig machen und ggf. verschließen oder Eiertausch, Bestandskontrolle auf kranke und verletzte Tiere. Ängste nehmen und Vorurteile ausräumen (z. Bsp. Stadttauben übertragen nicht mehr Krankheiten als andere Tiere), Aufklärung zu Stadttauben, Social Media, Beratungen (z. Bsp. wie Balkone einzurichten sind, um Brutplätze zu verhindern).

Erfolge durch betreute Taubenschläge, u.a.:

Stadt Bernau: 1 Taubenschlag am Bahnhof mit 200 Tauben, Susanne Hegewald ist Initiatorin im Ehrenamt, die Stadt Bernau unterstützt bei den Futterkosten mit 400 € / Monat (insgesamt betragen die Futterkosten 2.700 € / Monat) und übernimmt den Abtransport des Taubenkots; <https://www.youtube.com/watch?v=eZFSeFDeek>

Stadt Augsburg: 10 Taubenschläge und 2 Taubentürme. Damit wird das Stadtgebiet mit ca. 5 t Kot / Jahr entlastet, die fachgerecht in den Taubenschlägen entsorgt werden. Pro Jahr werden 6.000 Eier getauscht. Zuschuss der Stadt Augsburg: 30.000 € p.a.; <https://www.augsburg.de/umwelt-soziales/umwelt/umweltstadt-augsburg/stadttaubenkonzept>

Beschluss Maßnahmen gegen Einsamkeit – Öffnung Grüner Büros und Schaffung niedrigschwelliger Angebote

Gremium: AG Gesundheit und Soziales
Beschlussdatum: 28.08.2025
Tagesordnungspunkt: 11. Anträge aus dem Kreisverband

Antragstext

1 Der Kreisverband möge beschließen:

2 1. Der Kreisverband wird sich an der im Rahmen der bundesweiten Strategie
3 gegen Einsamkeit geplanten Aktionswoche „Gemeinsam gegen Einsamkeit“ vom
4 22. bis 29. Juni 2026 beteiligen. Der Kreisverband und dessen Abgeordnete
5 sollen hierfür in dieser Woche die Büros für alle Menschen als „Räume
6 gegen Einsamkeit“ öffnen und zielgruppenübergreifende Angebote machen.
7 Dabei soll für die Problematik Einsamkeit als gemeinsames
8 gesellschaftliches Anliegen sensibilisiert und ihr mit Gemeinschaft
9 begegnen werden.

10 2. Der Kreisvorstand fasst gemeinsam mit den Arbeitsgemeinschaften (z.B.
11 AG Gesundheit und Soziales, AG 60Plus) und Interessierten eine
12 Gesamtstrategie zum Thema Einsamkeit. Die Gesamtstrategie soll die
13 Leipziger Bevölkerung in ihren unterschiedlichen Lebenslagen umfassend und
14 integrierend mitdenken, ebenso wie spezifisch die Mitglieder des
15 Kreisverbands. Der Kreisvorstand berichtet jährlich zu den Maßnahmen und
16 Angeboten des Kreisverbandes entsprechend des Antrags.

17 Mit dieser Initiative tragen wir zur Entstigmatisierung von Einsamkeit bei,
18 wirken sozialer Isolation entgegen und stärken den gesellschaftlichen
19 Zusammenhalt in unserer Stadt.

20 -----

21 Der Kreis-Verband soll beschließen:

22 Der Kreis-Verband beteiligt sich an der bundesweiten Aktions-Woche „Gemeinsam
23 gegen Einsamkeit“ vom 22. bis 29. Juni 2026.

24 In dieser Woche sollen die Büros des Kreis-Verbands für alle Menschen
25 offenstehen. Sie werden als „Räume gegen Einsamkeit“ genutzt. Es sollen einfache
26 und offene Angebote stattfinden, bei denen alle Menschen willkommen sind. Alter,
27 Geschlecht oder Herkunft sind nicht entscheidend.

28 Ziel ist es, das Thema Einsamkeit sichtbar zu machen. Wir machen deutlich:
29 Einsamkeit geht uns alle an. Wir möchten durch Begegnungen und Gemeinschaft das
30 Gefühl von Einsamkeit verringern.

31 Der Kreis-Vorstand erarbeitet zusammen mit den Arbeits-Gemeinschaften (z. B. AG
32 Gesundheit und Soziales, AG 60Plus) und interessierten Mitgliedern eine Gesamt-
33 Strategie gegen Einsamkeit.

34 Diese Strategie soll die unterschiedlichen Lebenslagen der Leipziger*innen
35 berücksichtigen – ebenso wie die Situation der Mitglieder im Kreisverband.

- 36 Der Kreis-Vorstand berichtet einmal im Jahr über die umgesetzten Maßnahmen und
37 Angebote.
- 38 Mit dieser Initiative wollen wir dazu beitragen, dass Einsamkeit kein Tabu mehr
39 ist, dass weniger Menschen sozialisiert leben – und dass der gesellschaftliche
40 Zusammenhalt in Leipzig stärker wird.

Begründung

Wenn wir an Einsamkeit denken, sehen wir oft eine ältere Person vor uns, die Tag für Tag allein in ihrer Wohnung sitzt, auf das Ticken der Uhr hört und darauf wartet, dass das Telefon klingelt. Doch Einsamkeit betrifft längst nicht nur Senior*innen. Sie betrifft auch den 45-jährigen Arbeitslosen, der den Anschluss an frühere Kolleginnen und Kollegen verloren hat. Sie betrifft die alleinerziehende Person, die zwischen Job, Kindererziehung und Haushalt kaum noch Zeit für soziale Kontakte findet. Sie betrifft junge Studierende, die nach dem Umzug in eine neue Stadt niemanden kennen. Einsamkeit ist ein stiller Begleiter, der viele Gesichter hat – und der inzwischen zu einem gesellschaftlichen Problem von erheblicher Tragweite geworden ist.

Die Datenlage ist alarmierend:

- Rund 10 Millionen Menschen in Deutschland (also etwa 14 % der Bevölkerung ab 16 Jahren) fühlen sich häufig einsam. Weitere etwa 21 Millionen Menschen (30 %) erleben moderate Einsamkeit. Zusammengenommen betrifft das also mehr als 30 Millionen Menschen in Deutschland, die in irgendeiner Form von Einsamkeit betroffen sind. <https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/service/publikationen/einsamkeitsbarom-eter-2024-237576>
- 46 % der jungen Erwachsenen in Deutschland (16–30 Jahre) fühlen sich im Jahr 2024 mindestens moderat einsam (35 % moderat, 10 % stark). Dabei sind besonders arbeitslose junge Menschen (75 %) und solche mit niedrigem Bildungsniveau (62 %) betroffen. Das führt auch zu einem deutlich geringeres Vertrauen in politische Selbstwirksamkeit. Diese Entwicklung droht unsere Demokratie zu schwächen. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/GenNow_Ei-nsamkeit_Daten_06lay.pdf
- Die Ergebnisse des Einsamkeitsbarometers 2024 zeigen einen Rückgang der Einsamkeitsbelastung der deutschen Bevölkerung zwischen 1992 und 2017. Nach einem starken Anstieg der Einsamkeitsbelastung im ersten Pandemiejahr 2020 (2017: 7,6 %; 2020: 28,2 %) sinken die aktuellsten Zahlen aus dem Jahr 2021 (11,3 %) bereits wieder. Dieser Trend ist jedoch nicht bei allen Bevölkerungsgruppen gleich. <https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/service/publikationen/einsamkeitsbarom-eter-2024-237576>https://www.diw.de/de/diw_01.c.935067.de/publikationen/wochenbericht-e/2025_05_1/einsamkeit_in_deutschland_die_gefährdetste_gruppe_sind_menschen_mit_niedrigem_einkommen.html?utm_source=chatgpt.comhttps://kompetenznetz-einsamkeit.de/wp-content/uploads/2022/07/KNE_Expertise04_220629.pdf
- Menschen, die dauerhaft einsam sind, haben ein um 26 % höheres Risiko, frühzeitig zu sterben (Meta-Studie der Brigham Young University, 2010, <https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/20668659/>)

Einsamkeit ist also kein Randphänomen, sondern eine weit verbreitete gesellschaftspolitische Herausforderung mit unmittelbaren Folgen für Gesundheit, soziales Wohlbefinden und demokratische Teilhabe. Dabei können bereits regelmäßige, kurze soziale Kontakte das subjektive Einsamkeitsgefühl um bis zu 40 % senken (z. B. Deutsche Gesellschaft für Psychologie, 2021 – hier ergänzt) und messbar

zur Verbesserung des psychischen Wohlbefindens beitragen. Dieser Verantwortung wollen auch wir als Partei Rechnung tragen.

Einsamkeit betrifft Menschen in allen Lebens-Lagen.

Einsamkeit hat viele Gesichter. Sie ist weit verbreitet und oft unsichtbar. Und sie hat Auswirkungen auf das Wohlbefinden und auf unsere Gesellschaft.

Zum Beispiel:

- Eine arbeits-lose Person um die 45, die keinen Kontakt mehr zu früheren Kolleginnen hat,
- ein allein-erziehender Vater, die kaum noch Zeit für Freundschaften haben,
- junge Studierende, die nach einem Umzug niemanden in der neuen Stadt kennen.

Zahlen und Fakten:

- Etwa 10 Millionen Menschen in Deutschland fühlen sich häufig einsam.
- Weitere 21 Millionen Menschen erleben mittlere Einsamkeit.

→ Insgesamt sind mehr als 30 Millionen Menschen in Deutschland betroffen.

- Fast die Hälfte der jungen Erwachsenen fühlen mindestens moderat einsam.
- Besonders betroffen sind:
 - arbeitslose junge Menschen
 - junge Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss

Diese Einsamkeit kann das Gefühl auslösen, politisch nichts bewirken zu können. Das kann auf lange Sicht die Demokratie schwächen.

Im ersten Jahr der Corona-Pandemie (2020) stieg Einsamkeit stark an. Danach ist Einsamkeit zurückgegangen. Aber: Nicht alle Gruppen haben die gleiche Entwicklung. Menschen mit wenig Einkommen sind besonders gefährdet, dauerhaft einsam zu sein.

Laut einer internationalen Studie haben Menschen, die lange einsam sind, ein höheres Risiko, früher zu sterben.

Warum wir handeln müssen:

Einsamkeit ist kein Rand-Thema.

Sie betrifft viele – und sie wirkt sich aus: auf die Gesundheit, das soziale Miteinander und die Demokratie.

Schon kurze, regelmäßige Gespräche oder Begegnungen können helfen das Einsamkeits-Gefühl zu senken.

Fazit:

Wir wollen Verantwortung übernehmen.

Als Partei möchten wir zeigen: Niemand soll sich ausgeschlossen fühlen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen wieder mehr Gemeinsamkeit und Gemeinschaft erleben.

A17 Den olympischen Gedanken fördern - Olympia in Leipzig?!

Antragsteller*in: Jürgen Kasek (KV Leipzig)
Tagesordnungspunkt: 11. Anträge aus dem Kreisverband
Status: Zurückgezogen

Antragstext

- 1 Leipzig hat sich zusammen mit Berlin um die Ausrichtung der olympischen Spiele
2 beworben. Der Stadtrat hat bereits grünes Licht dafür gegeben. Die genauen
3 Planungen dafür sind aber noch offen. Klar ist bislang, dass sowohl der Kanupark
4 in Markkleeberg als auch das Sportforum zentrale Orte werden sollen und in
5 Mockau ein Satellitendorf für die Teilnehmenden entstehen soll, dass nach den
6 Spielen in dringend benötigten sozialen Wohnraum umgewandelt werden soll.
- 7 Als BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Leipzig stehen wir der Idee der olympischen Spiele
8 offen gegenüber, formulieren aber aus unsere Sicht notwendige Voraussetzungen
9 für Leipzig.
- 10 Leipzig als Sportstadt entwickeln.
- 11 Olympische Spielen können gerade im Bereich der sportlichen Infrastruktur einen
12 wünschenswerten Investitionsschub auslösen und Menschen für den Sport
13 begeistern. Dies gelingt, wenn sichergestellt ist, dass alle Sportvereine in der
14 Stadt einbezogen werden um den Schwung der olympischen Spiele auch nachhaltig zu
15 nutzen um mehr Kinder und Jugendliche für Bewegung zu begeistern. Voraussetzung
16 ist dafür, dass insbesondere die schulischen Sportstätten in Stand gesetzt
17 werden.
- 18 Diese Aufgabe hat Priorität. Dazu kann auch der Schwung der Olympiabewerbung
19 genutzt werden.
- 20 Nachhaltigkeit ist das Credo
- 21 Als BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN hat Nachhaltigkeit oberste Priorität. Das bedeutet,
22 dass mögliche olympische Spiele nur dann ein Erfolg werden können, wenn neu
23 errichtete Stätten ein wirtschaftlich tragfähiges Konzept über die Spiele hinaus
24 aufweisen, klar gestellt ist, dass sich Ausgaben und Einnahmen in der Wage
25 halten und die Umweltbilanz der Spiele positiv ausfällt.
- 26 Gerade in der jüngeren Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die finanzielle
27 Bilanz der Spiele für die Ausrichter negativ ist und viele wirtschaftliche
28 Effekte Einmaleffekte sind, die nicht langfristig tragen.
- 29 Umwelt- und Klimaschutz spielen für uns eine herausgehobene Rolle und sind
30 unabdingbar. Daher muss sichergestellt werden, dass die Gesamtbilanz der
31 olympischen Spiele positiv ausfällt. Eingriffe in schützenswerte Grünstrukturen
32 lehnen wir daher kategorisch ab und neue Flächenversiegelungen sind nur mit uns
33 zu machen, wenn gleichzeitig Flächen entsiegelt werden und die Gesamtbilanz ein
34 Entsiegelungsplus aufweist.
- 35 Die Erreichung der Sportstätten muss mit den Verkehrsarten des Umweltverbundes
36 erfolgen und Einzelanreisen mit dem eigenen Auto müssen Einzelfälle bleiben.
37 Dafür muss das ÖPNV Netz weiter optimiert und enger vertaktet werden. Erst wenn
38 dies sichergestellt ist, kann es olympische Spiele geben.

39 Gerade vor dem Hintergrund der Klimakatastrophe müssen auch die Anstrengungen
40 zur Klimawandelanpassung in Leipzig vorangetrieben werden. Sowohl die Anzahl an
41 Hitzetagen, als auch Starkregenereignissen wird weiterhin exponentiell zunehmen.
42 Daher muss die Anpassung auch hier die Stadt und die Menschen in den Blick
43 nehmen und darf sich nicht allein auf die Sportstätten beschränken.

44 Spiele für Alle.

45 Nicht zuletzt Paris hat gezeigt, dass olympische Spiele nie Spiele für alle
46 Menschen sind. Auch in Paris wurden wohnungslose Menschen aus den Bereichen
47 verdrängt und strenge Kontrollen durchgeführt, die vor allen Dingen Menschen mit
48 Migrationsgeschichte trafen. Spiele für Alle heißt oft genug Spiele für die die
49 es sich leisten können. Das lehnen wir ab. Wir wollen inklusive Spiele für alle
50 Menschen, egal woher sie kommen, wie sie aussehen, welche Sprache sie sprechen.
51 Auch das ist der olympische Gedanke, der durch die Kommerzialisierung in den
52 Hintergrund gedrängt wurde.

53 Spiele für Alle bedeutet auch, dass die Einwohner*innen Leipzigs ergebnisoffen
54 einbezogen werden müssen und nicht unter der Vorfestlegung, dass es olympische
55 Spiele geben soll. Bislang wird die Debatte sehr einseitig von Fürsprechern
56 dominiert, ohne mögliche Probleme offen anzusprechen und auch ohne zu
57 thematisieren, welche Belastungen für die Einwohner*innen mit den Spielen einher
58 gehen können.

59 Eine größtmögliche Bürgerbeteiligung in einem offenen Verfahren, dass wir
60 bislang noch nicht sehen, sichert die Legitimität der Veranstaltung und ist die
61 Voraussetzung, dass Leipzig wirklich von den Spielen langfristig profitiert.

62 Als BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wollen wir die Debatte mit allen Menschen führen um
63 so tatsächlich auch den olympischen Gedanken, der längst bei den Spielen der
64 Neuzeit verloren gegangen ist, wieder zu stärken: Die Verständigung der
65 Menschen, ein Fest für alle Menschen.

66 Wir stehen vor großen Herausforderungen und deswegen formulieren wir trotz
67 vorhandener Bedenken Voraussetzungen dafür das Olympia in Leipzig ein Erfolg
68 werden kann.

Begründung

erfolgt mdl

A18 Für einen neuen Aufbruch

Antragsteller*in: Jürgen Kasek (KV Leipzig)
Tagesordnungspunkt: 11. Anträge aus dem Kreisverband
Status: Zurückgezogen

Antragstext

- 1 Der Vorstand wird beauftragt einen Strategiebildungsprozess zu starten unter
- 2 Einbeziehung der unterschiedlichen Ebenen und Mitglieder, unter Auswertung der
- 3 Wahlergebnisse und Kampagnen, um bis zum Ende des Jahres ein gemeinsames
- 4 Strategiepapier vorzulegen, dass die Richtung von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in
- 5 Leipzig vorzeichnet.

Begründung

Es wird auf den offenen Brief verschiedener Mitglieder des KV Leipzig verwiesen:

Offener Brief an die Grünen in Leipzig

Liebe Freund*innen,

wir schreiben euch aus Sorge um die strategische Ausrichtung und die Zukunft unserer Partei. Seit der letzten Bundestagswahl ist nicht mehr klar erkennbar, wofür BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen. Zwar gibt es vereinzelt strukturelle Debatten, doch eine grundlegende inhaltliche und strategische Diskussion – insbesondere in Leipzig – ist nicht sichtbar. Dabei müsste eigentlich die notwendige Strukturdebatte der Ausrichtung folgen.

Die öffentliche Kommunikation wirkt uneinheitlich, ohne erkennbaren thematischen Schwerpunkt, oftmals selbstreferenziell und in einer grünen Blase verharrend. Eine strategische Klärung darf sich nicht an Schubladen wie „links“ oder „rechts“ orientieren, sondern muss konsequent entlang von Themen erfolgen.

Auch auf Bundesebene zeigt sich eine gewisse Orientierungslosigkeit – zwischen den Super-Realos aus Baden-Württemberg und den polarisierenden Auftritten der Grünen Jugend. Leipzig ist weder Berlin noch Stuttgart. Wir brauchen weder eine grüne Merkel-CDU noch einen Wettbewerb mit den Linken. Wir brauchen klare, eigene grüne Antworten.

Bei der letzten Bundestagswahl – wie schon zuvor – haben wir Stimmen an die Linke, die CDU und besonders bei jungen Wähler*innen verloren. Statt einer ehrlichen Fehleranalyse erleben wir vielerorts eine Wagenburgmentalität, die Ursachen vor allem bei äußeren Umständen sucht und erklärt, dass man die Deutung über die eigene Geschichte verloren habe. Mit dieser Analyse machen wir es uns zu leicht. Nur wer Fehler erkennt, kann daraus lernen. Es geht nicht um Schuld, sondern um Konsequenzen und gemeinsame Lösungen für eine lebenswerte Zukunft.

Mit der Oberbürgermeisterwahl 2027 steht bald ein entscheidender Wahlkampf bevor. Dafür müssen wir klären: Wer wollen wir sein? In der Außenwahrnehmung repräsentieren wir nicht die Breite der Gesellschaft. Es fehlen lebenserfahrene Menschen, Menschen mit Migrationsgeschichte und mehr junge Stimmen. Vielfalt, Kreativität, Witz und der Mut, bestehende Verhältnisse zu hinterfragen – einst Markenzeichen grüner Politik – sind verblasst. Die letzten Kampagnen wirkten seltsam verhalten, fast ängstlich. Auch die Grüne AG 60 plus hat auf diese Repräsentationslücke hingewiesen.

Unsere Wurzeln liegen in der Umweltbewegung. Angesichts der eskalierenden Klimakrise und des sechsten Massenaussterbens müssen Klima- und Umweltschutz wieder zentrale Themen werden. Die

Frage darf nicht lauten: „Was können wir den Menschen zumuten?“ – sondern: „Wie viel Zeit bleibt uns noch?“ Die Zeit drängt, sie ist uns vorgegeben.

Glaubwürdigkeit leidet, wenn zwischen dem notwendigen Handeln und der äußeren Kommunikation in den sozialen Netzwerken ein uneinheitliches Bild entsteht und der Eindruck herrscht, dass wir als Grüne etwas predigen was wir selber nicht vorleben.

Ebenso schadet es, wenn aus Rücksicht auf Mehrheiten jeder Kompromiss mitgetragen wird, statt auch einmal ein klares Nein zu vertreten.

Wir haben in der Klimabewegung und bei jungen Menschen Vertrauen verloren – auch, weil wir in Asylpolitik und beim gesellschaftlichen Rechtsruck zu viele Zugeständnisse gemacht haben. Vertrauen lässt sich nicht von heute auf morgen zurückgewinnen. Doch grüne Politik lebt von Bündnissen, vom Stärken bestehender Initiativen – auch das muss wieder selbstverständlich werden.

Wer glaubwürdig bleiben will, darf nicht nur auf „staatspolitische Verantwortung“ verweisen. Manche Forderungen – gerade in Umwelt- und Klimafragen – haben derzeit keine Mehrheit, sind aber dennoch richtig. Ebenso muss klarer benannt werden, dass soziale Ungleichheit die Demokratie gefährdet, und dass das Auspielen gesellschaftlicher Gruppen gegeneinander autoritären Einstellungen Vorschub leistet. Gerade die Klimafrage ist im Kern auch eine soziale Frage, da sozial benachteiligte Menschen die Auswirkungen bereits jetzt stärker spüren.

Wenn wir diese Notwendigkeiten nicht mehr formulieren, weil wir Mehrheiten bezweifeln, wird es sie auch nicht geben. Die Demokratie braucht Kompromisse – aber ebenso klare Kanten und erkennbare Grundsätze. Politik muss sich dabei an den realen Lebensverhältnissen der Menschen orientieren.

Wir wollen mit diesem Brief eine Debatte anstoßen: über eine klare Schwerpunktsetzung auf Umwelt- und Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte und Gleichberechtigung. Der gesellschaftliche Backlash und die autoritäre Formierung sind ebenso existentielle Herausforderungen wie Klimakrise und Artensterben.

Nicht wir müssen uns an den Zeitgeist anpassen – wir müssen wieder mutig vorangehen. Das muss unser Auftrag sein, gerade auch im Auftrag der kommenden Generationen und denen die diese Gesellschaft aufgebaut haben.

Unterzeichner: Lisa Falkowski, Harry Hensler, Horst Grummich, Kristina Kasek, Paul Riedel, Barbara Zwiener, Jürgen Kasek